

Tschechien

Kristina Lárischová

Beherrschendes Thema des Wahlkampfes 2006 war die Zukunft des Sozialstaates, die Europa- und Außenpolitik spielte hingegen keine wichtige Rolle. Die Parlamentswahlen vom 2./3. Juni 2006 mündeten in ein politisches Patt zwischen dem Mitte-Rechts-Lager (bestehend aus den konservativ-europaskeptischen Bürgerdemokraten, den europafreundlichen Christdemokraten und den Grünen) und der Linken (den seit acht Jahren regierenden proeuropäischen Sozialdemokraten CSSD und den EU-kritischen Kommunisten). Die bislang oppositionellen Bürgerdemokraten (ODS) gingen als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor und nahmen Verhandlungen über eine Mitte-Rechts-Koalition auf. Beide Lager hatten jeweils genau die Hälfte der 200 Abgeordnetenmandate errungen, was zu langwierigen Koalitionsverhandlungen führte. Eine Alternative zur Koalition der rechten Mitte schien Anfang Juli 2006 eine große Koalition zwischen der ODS und der CSSD zu sein. Keine der Parteien war an vorgezogenen Neuwahlen interessiert. Eine der großen Herausforderungen für das neue Kabinett wird die erste tschechische EU-Ratspräsidentschaft 2009 sein.

Das Wirtschaftswachstum hatte 2005 eine Rekordmarke erreicht (6%), bei einer niedrigen Inflation (2%) und einer nur langsam sinkenden Arbeitslosigkeit (9%). Getragen wurde das Wachstum durch den Nettoexport. Der tschechische Exportüberschuss mit den EU-25 erreichte 2005 fast 10 Mrd. Euro – was eine grundlegende Wende im Außenhandel bedeutete: Nach elf Jahren Defizit schloss die Handelsbilanz mit einem Überschuss von fast 1,7 Mrd. Euro. Eine wichtige Rolle spielten dabei der exportfördernde Effekt der ausländischen Direktinvestitionen und der EU-Beitritt. Mit Blick auf das BIP pro Kopf hat Tschechien Portugal überholt und rangiert mit 73% des EU-Durchschnitts auf Rang 17 in der EU-25.¹ Das Lohnniveau bewegt sich um 55% des EU-Durchschnitts. Die Hauptschwächen der tschechischen Wirtschaft sind weiterhin die öffentlichen Finanzen und die Arbeitslosigkeit. Dank des robusten Wachstums kommt es auch auf diesen Gebieten zu einer allmählichen Konsolidierung, trotzdem werden sie auch in Zukunft die wichtigsten Probleme darstellen. Die Bedingungen für den Beitritt zur Eurozone sollen nach den Plänen der Regierung 2008 erfüllt werden, so dass die Tschechische Republik frühestens 2010 der Europäischen Währungsunion angehören wird. Die Europäische Kommission forderte in ihrer Reaktion auf das Konvergenzprogramm eine Beschleunigung der Renten- und Gesundheitsreform. Das nationale Lissabon-Programm wurde von der Kommission als zu allgemein und zu wenig ambitioniert kritisiert.

Europapolitik

Die Frage nach der tschechischen Haltung zum Verfassungsvertrag ist bislang unbeantwortet geblieben. Obwohl die Paroubek-Regierung die Ratifizierung des Vertrages (vorzugsweise in einem Volksentscheid) als eines ihrer wichtigsten Themen bezeichnet hatte, gibt es bis heute noch nicht einmal ein Gesetz, das Volksabstimmungen ermöglicht. Nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden haben die wichtigsten politischen

¹ Eurostat-Pressemitteilung Nr. 79/2006 vom 15.06.2006.

Kräfte ihre Standpunkte stark zugespitzt: Während der Ratifizierungsprozess für die CSSD nur aufgeschoben ist, betrachten die ODS und der Präsident ihn als gescheitert. Die Auffassungen zur Zukunft des Dokuments sind divergent: Nach Ansicht der ODS kann die EU auch ohne den Vertrag funktionieren, die CSSD würde den Text um einige technokratische Details kürzen, ähnlich wie die im Parlament neu vertretenen Grünen; die Kommunisten wären für eine grundsätzliche Veränderung der Verfassung und die Christdemokraten plädieren für eine politische Lösung des Problems – die man sich von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erhofft. Die im Frühjahr 2005 eigens für den Verfassungsvertrag gestartete Info-Kampagne wurde auch nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und Niederlanden fortgesetzt, beinhaltet nun jedoch eher Informationen zur Europäischen Union allgemein.

Präsident Klaus versäumte keine Gelegenheit, gegen den Verfassungsvertrag und somit gegen die offizielle Position der Regierung aufzutreten, was zu offenen Auseinandersetzungen mit Ministerpräsident Jirí Paroubek und dem sozialdemokratischen Parlamentsvorsitzenden Lubomír Zaorálek führte. Durch seine provokative Art gelang es Klaus jedoch, eine öffentliche EU-Debatte zu entfachen. Zu den Extravaganzen des Präsidenten gehörten u.a. sein Vorschlag zur Bildung einer Organisation Europäischer Staaten² anstelle der EU, sein Plädoyer für eine Rückkehr zum Intergouvernementalismus oder die Behauptung, daß das europäische Sozialmodell weder positiv noch relevant sei.³ Da Klaus in der Bevölkerung kontinuierlich das höchste Vertrauen unter allen Politikern genießt, darf seine Bedeutung für die öffentliche Wahrnehmung der EU nicht unterschätzt werden. Auch wenn die Referenden in Frankreich und den Niederlanden sowie die Auseinandersetzungen um den neuen EU-Finanzrahmen der EU in den Augen der Öffentlichkeit geschadet haben, stehen die Tschechen der künftigen Entwicklung der EU „vorsichtig zuversichtlich“ gegenüber.⁴

Innerhalb der zuletzt sehr erfolgreichen ODS scheint es Konflikte um den europaskeptischen Kurs der Partei zu geben. Der ODS-Vorsitzende Mirek Topolánek sowie die ODS-Landeshauptmänner fordern eine pragmatischere Haltung zur EU, was auf den Widerstand des Klaus-nahen Parteiflügels stößt. Während es zwischen den ODS-Europaabgeordneten und der EPP-Fraktion regelmäßig zu Reibungen kam,⁵ haben sich die CSSD-Mandatsträger gut in die PSE-Gruppe integriert.⁶

Die tschechische Diplomatie steht der nächsten EU-Erweiterung positiv gegenüber. Das primäre Interesse Tschechiens liegt auf dem Westbalkan. Die öffentliche Debatte zum Spannungsfeld Erweiterung/Vertiefung war jedoch eher bescheiden. Auf dem EU-Parkett hat sich das Außenministerium vor allem im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen Kuba und Belarus profiliert. Auch die Visegrád-Kooperation in Fragen der Europapolitik hat sich weiterentwickelt: So fanden vor den EU-Gipfeln Konsultationen zu den Themen Arbeitnehmerfreizügigkeit, EU-Haushalt, Nachbarschaftspolitik sowie Ratifizierung des Verfassungsvertrags statt. Während des Jahres 2006 wird der Stand der Schengen-Vorbereitungen überprüft; der Beitritt ist für Oktober 2007 geplant.⁷ Das Innenministerium räumte bei der Inbetriebnahme des Informationssystems SIS 2 Verspätungen ein.

2 Tageszeitung Lidové noviny vom 16.07.2005.

3 www.klaus.cz – auch in Englisch.

4 Eurobarometer vom 05.05.2006.

5 Die durch den Euroskeptiker Jan Zahradil geführte Delegation im Europäischen Parlament beabsichtigt, die EPP zu verlassen und sich den britischen Konservativen in einer neuen Fraktion anzuschließen.

6 Im März 2006 fand in Prag erstmals eine PSE-Fraktionssitzung auf Einladung des tschechischen Delegationsleiters Libor Roucek statt, deren Ergebnis zur Öffnung weiterer EU-Arbeitsmärkte beigetragen hat.

7 Die Warnungen vor einer „übereilten Erweiterung“ des Schengenraumes seitens der angrenzenden deutschen Bundesländer wurden in den Medien kritisiert.

Reibungsflächen

Ein echter Evergreen ist und bleibt das Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit.⁸ In diesem Zusammenhang wurde dem sog. Spidla-Bericht Anfang 2006 große Aufmerksamkeit zuteil. In trauter Einigkeit kritisierten dabei alle politischen Lager die Politik Deutschlands und Österreichs. Nicht zuletzt dank der Visegráder Zusammenarbeit gelang es jedoch, mehrere EU-Staaten zur Aufhebung der Beschränkungen ab dem 1. Mai 2006 zu bewegen. Während der Verhandlungen zur Dienstleistungsrichtlinie hat sich Prag an die Spitze des Widerstandes gegen eine Aufweichung der Richtlinie gestellt. Auf der Zielgeraden wurde diese Position jedoch aufgegeben und Prag hat sich auf einen Kompromiss eingelassen, für den die Regierung postwendend Kritik von der Opposition und den Unternehmern einstecken musste. Anfang 2006 kämpfte Tschechien gemeinsam mit Polen und Zypern gegen den Ratsvorschlag zur Mehrwertsteuer und verlangte eine Verlängerung der niedrigeren Steuersätze u.a. im Wohnungsbau – mit dem Ergebnis, daß der niedrigere Steuersatz bei der Kategorie „Sozialer Wohnungsbau“ auch nach 2007 Anwendung finden darf.

Bereits 2004 hatten die tschechischen Euroskeptiker wenig Verständnis für den europäischen Haftbefehl gezeigt. Als das Gesetz im September 2005 trotz eines Präsidentenvetos gebilligt wurde,⁹ erhoben die Gegner Klage beim Verfassungsgericht – die Anfang Mai 2006 jedoch scheiterte.

Im Ringen um den EU-Haushalt für die Jahre 2007-2013 begann die Prager Regierung schon im Sommer 2005, ihre Vorschläge mit den anderen Visegrád-Ländern abzustimmen. Tschechien war an einer raschen Entscheidung interessiert und verhielt sich nicht zuletzt deshalb sehr konstruktiv, weil den neuen Mitgliedstaaten quasi „im Tausch“ ein einfacherer Zugang zu den Mitteln der Strukturhilfe gewährt wurde. Pro Einwohner könnte Tschechien nun unter allen EU-Staaten am stärksten von den Struktur- und Kohäsionsfonds profitieren¹⁰ – wenn es innerschechisch nicht erhebliche Probleme bei der Nutzung der Gelder gäbe.

Dauerbrenner: Strukturfonds und Rechtsharmonisierung

Während Tschechien in der Vorbeitriffsperiode durchaus erfolgreich dabei war, EU-Mittel zu beantragen, fällt diese Bilanz seit dem Beitritt nämlich sehr bescheiden aus. Nach Angaben der Europäische Kommission vom März 2006 hat die Tschechische Republik nur 18% der verfügbaren Gelder¹¹ ausgeschöpft; damit schneidet Tschechien unter den neuen Mitgliedstaaten am zweitschlechtesten ab (vor Zypern). Nach Ansicht von Analytikern wäre bereits von einem großen Erfolg zu sprechen,¹² wenn es noch gelänge, bis 2008 noch 80% der Gesamtmittel für diese Periode auszuschöpfen. In der Periode 2007-2013 werden Tschechien jährlich ca. 3,6 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Schon Mitte 2006 war allerdings ein Trend zur Verbesserung und Beschleunigung der Schöpfung zu bemerken.¹³ Die Hauptursachen für die Probleme liegen dabei im Mangel an Fachleuten und den langwierigen Genehmigungs- und Vertragsverfahren. Allgemein gilt, daß die EU-Gelder eher bei Investitionsprogrammen zum

8 Die Anzahl der tschechischen Arbeitsmigranten ist niedrig – nach Schätzungen arbeiten 30.000 Tschechen in Großbritannien, Irland und Schweden.

9 Prag hat diese Norm von allen EU-Mitgliedern als vorletztes gebilligt.

10 2.319 EUR/p.c. (IV. Progress Report on Cohesion, Eur. Kommission, 12.06.2006).

11 Für die Jahre 2004-06 handelte es sich um die Gesamtsumme von 2,6 Mrd. Euro.

12 Monatliche Analysen, EU-Office der Tsch. Sparkasse, Archiv der Autorin.

13 Im Sinne einer Beschleunigung gilt seit Januar 2006, dass der Endempfänger die Mittel noch vor deren Zuweisung durch die Europäische Kommission nutzen kann.

Einsatz kommen als bei Nichtinvestitionsprogrammen (z.B. im Bildungswesen). Die größten Mängel bestehen bei der Nutzung des Europäischen Sozialfonds, während das Operationsprogramm zur Entwicklung der ländlichen Gebiete und einer multifunktionellen Landwirtschaft sowie das Programm Industrie und Unternehmertum gute Ergebnisse erbracht haben. Die Zahlungsposition der Tschechischen Republik war 2005 ausgeglichen¹⁴, d.h. Tschechien war trotz der positiven Erwartungen weder Nettoempfänger noch -zahler.

Was die Harmonisierung des nationalen Rechts mit EU-Recht betrifft, belegte Tschechien unter den EU-25 Ende 2005 einen fünftletzten Platz. Während der beiden ersten Jahre der EU-Mitgliedschaft wurden von der Kommission 15 Verfahren wegen eines Verstoßes gegen EU-Recht eingeleitet. Nur ein Fall ist jedoch tatsächlich beim Europäischen Gerichtshof gelandet.¹⁵

Fazit

Zwei Jahre nach dem Beitritt ist die Bilanz der tschechischen EU-Mitgliedschaft eindeutig positiv – wobei die tschechische Aktivität bei den EU-Gipfeln und Ratssitzungen als bescheiden zu bewerten ist. Dies ist u.a. auf die innenpolitischen Divergenzen bezüglich der *finalité politique* der EU zurückzuführen. Es scheint in Tschechien manchmal an Bereitschaft zu fehlen, einen aktiven Beitrag zum Integrationsprozesses allgemein zu leisten – was dann wiederum den Verhandlungsraum einschränkt, sobald es um wichtige eigene Interessen geht. Wegen der komplizierten Lage nach den Wahlen 2006 ist die künftige Europapolitik Prags derzeit noch unklar. Erfolgreich profiliert hat sich die Tschechische Republik durch ihre (von manchen als pro-amerikanisch empfundenen) Initiativen auf dem Gebiet der Menschenrechte. Bei den Vorverhandlungen und den Konsultationen über die eigenen Positionen besteht im Vergleich mit den alten Mitgliedstaaten noch Nachholbedarf. In der Auseinandersetzung um die Mehrwertsteuer hat die Tschechische Republik im Vergleich zu Polen eine rationalere Politik verfolgt. Im Kampf um die Dienstleistungsrichtlinie stand Prag zunächst an der Spitze des liberalen Lagers, hat sich in der Endphase jedoch pragmatisch einem Kompromissvorschlag angeschlossen. Die angesichts der Zahlen unbegründeten Beschränkungen bei der Personenfreizügigkeit bleiben der Tschechischen Republik weiterhin ein Dorn im Auge und beschädigen das allgemeine Image der EU in der Öffentlichkeit. Verfahren und Termin für eine Ratifizierung des Verfassungsvertrags sind weiterhin ungeklärt – und den Vorbereitungen für die Ratspräsidentschaft 2009 wird während der derzeit laufenden Regierungsbildung nur ungenügende Aufmerksamkeit gewidmet. Echte Dauerbrenner bleiben die Nutzung der EU-Strukturfonds sowie die Rechtsharmonisierung.

Weiterführende Literatur

Petr Drulák: Qui décide la politique étrangère tchèque? Les internationalistes, les européanistes, les atlantistes ou les autonomistes? *La Revue internationale et stratégique*, No. 61, Printemps 2006. IRIS Paris.

Mats Braun: The Troublesome Concept of Sovereignty – the Czech debate on European Unity. *Perspectives* – No. 25, Winter 2005/2006, IIR Prague.

Leon Podkaminer/Vladimir Gligorov et al.: Strong Growth, Driven by Exports in the NMS and by Consumption in the Future EU Members, *wiiw Research Reports*, Nr. 325, Vienna, Febr. 2006.

14 Laut CTK vom 24.04. 2006 lagen die Gesamteinnahmen sowie -ausgaben bei 1,1 Mrd. Euro.

15 Dabei ging es um die gegenseitige Anerkennung ärztlicher Diplome.